

Pressemitteilung Jusos Hamburg | Zukunftsentscheid

Für uns Jusos ist klar, dass der menschengemachte Klimawandel eine der größten Bedrohungen für uns, die kommende Generation ist. Auf der ganzen Welt wird durch Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren das Leben von Milliarden Menschen bedroht. Doch der Klimawandel hat auch Auswirkungen auf uns in Hamburg. Schon jetzt sterben vermehrt Menschen in Deutschland an Hitzewellen. Extremwetterereignisse wie Starkregen haben zuletzt auch in Hamburg zahlreiche Keller überflutet. Wir müssen den Klimawandel darum aufhalten, wo wir Hamburger:innen es können: Nämlich in Hamburg. Die bisherigen Anstrengungen, so groß sie auch sein mögen, reichen nach Erkenntnis aller möglichen Expert:innen nicht aus.

Diese Positionen teilt die SPD. Dafür hat sie in verschiedensten Gremien Beschlüsse gefasst. Für uns Jusos ist das Auftreten von Fraktion und Parteispitze in Hamburg bzgl des Zukunftsentscheids nicht nachvollziehbar. Die gerade nur angeschnittenen Gründe, warum wir den Klimawandel bekämpfen müssen, spielen in der Debatte, in der sich Senatsmitglieder trotz Neutralitätspflicht umfangreich beteiligen, überhaupt keine Rolle. Das ist der eine Punkt, der uns stört.

Ich möchte außerdem an dieser Stelle dem Bild entgegentreten, alle Mitglieder der SPD seien sich bei der Ablehnung des Zukunftsentscheids einig. Das ist nicht der Fall. Wir, die Jusos Hamburg, haben bereits 2024 beschlossen, sich den Forderungen des Zukunftsentscheids anzuschließen. Der Landesparteitag der SPD Hamburg hat sich hingegen bis heute nicht mit dem Thema beschäftigt. Auch deshalb stören uns die einseitigen Argumente, mit der die Parteispitze seit Wochen in den Medien auftritt. Dazu kommt: Die Behauptungen, dass ein ambitionierterer Klimaschutz zu umfangreichen Fahrverboten führt, entsprechen nicht der differenzierten Meinung in der Partei.

Wenn vom "Heizungsgesetz hoch 2" gesprochen wird, dann halte ich dies für eine unseriöse Aussage. Sie wird dem differenzierten Gesetzesentwurf, über den die Hamburger:innen abstimmen, nicht gerecht. Dieser betont explizit die verbindliche Sozialverträglichkeit der Maßnahmen.

In den letzten Tagen wurden immer wieder Stimmen laut, die behaupteten, dass eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 unbezahlbar wäre. Die Zahl 2040 ist jedoch keine Erfindung des Zukunftsentscheids: Im rot-grünen Koalitionsvertrag steht drinnen, dass der Senat auf andesebene für eine Klimaneutralität der Stadt vor 2045 anpeilt und sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die Voraussetzungen für eine Neutralität bis 2040 geschaffen werden. Wenn Senator:innen die Zahl 2040 kritisieren, kritisieren sie Zahlen aus ihrem Koalitionsvertrag.

Ich weiß aus zahlreichen persönlichen Gesprächen und Diskussionsrunden an der Basis, dass unter den SPD-Mitglieder viele mit Ja gestimmt haben oder es am Sonntag tun werden, darunter auch Mandatsträger:innen. Und das sind keine illusionären Traumtänzer:innen, sondern Menschen, die sich mit diesen Themen auseinandergesetzt haben, die verstanden haben, dass die Folgen des Klimawandels, auf der ganzen Welt, aber auch hier in Hamburg, arme Menschen viel stärker treffen als reiche. Sie haben verstanden, dass die Umsetzung des Zukunftsentscheids zwar große Investitionen erfordert, aber Hamburg eben auch eine extrem reiche Stadt ist, in der übrigens auch 11 Milliarden und 40.000 Millionäre leben, und vor allem, dass sich jede Investition in die Bekämpfung des Klimawandels, die wir jetzt tätigen, in 20, 50 und 100 Jahren gerade für die Schwächsten dieser Gesellschaft extrem lohnt.

Janne Roehsler, Pressekonferenz des Klimaentscheids